

AM HAKEN



Haarig

Seit Jahren liegen sie sich in den Haaren. „Billig“ und „Freundlich“ war gestern, heute wird nur noch gehypt. Werbefuzzys lassen sich Slogans wie „Mehr fühlen, weniger denken“ oder „Ist hamma“ einfallen. Vor allem aber siegt die Frechheit. Konkurrenten werden in Werbespots regelmäßig vorgeführt. Spots, die manchmal zu Hits im Internet werden. Spots, für die viel Geld ausgegeben wird. Sie ahnen es schon, es geht um die Discounter. Edeka hat im vergangenen Jahr 131 Millionen Euro für Werbung hingeblickert, Aldi 192 Millionen und Lidl sogar 272 Millionen. Da fragt sich mancher, woher das Geld stammt. Werden die Produkte teurer verkauft oder wird bei den Mitarbeitern gespart? Klar ist seit gestern nur: Lidl lohnt sich. Zumindest für einen kurzen nächtlichen Ausflug. Das haben sich offenbar sieben Kamele überlegt, als sie sich im idyllischen Bergen vor einer Lidl-Filiale versammelten. Sie hatten das Zirkus-Leben satt. Was die Wüstenschiffe bei Lidl wollten, konnte leider nicht mehr überprüft werden, weil die Polizei den höckerigen Belagerungsring noch vor Öffnung der Filiale sprengte. Die Kamele könnten es aber in den nächsten Werbespot schaffen. Offen ist nur, ob dabei eine Frage beantwortet wird: Muss man ein Kamel sein, um bei Lidl einzukaufen? weko

ANZEIGE



APOTHEKE
AM BOCKELSBERG

Apotheker Dr. Felix Eggert
für Homöopathie u. Naturheilkunde
Universitätsallee 15, 21335 Lbg.
www.apo-bockelsberg.de
Tel. 04131 44688 • Fax 49486
Auf nicht apothekenpflichtige Arzneimittel u. Nebensortiment **3%**

EinFach...GUT!

Gegensätze beim Gedenken

VON ANTJE SCHÄFER

Lüneburg. Jedes Jahr legen Oberbürgermeister Ulrich Mädge und Vertreter der Fraktionen im Stadtrat bei einer Gedenkfeier am Mahnmahl an der Lindenstraße Kränze nieder. In diesem Jahr ist diese Tradition mit Spannungen verbunden. Die Antifaschistische Aktion (Antifa) ruft ihre Anhänger unter dem Motto „Ein Auftreten der AfD verhindern!“ zur Teilnahme an der Gedenkfeier um 12 Uhr auf. Dass es zur Gedenkfeier kommt, stand bis vor wenigen Tagen noch auf der Kippe. Oberbürgermeister Ulrich Mädge hatte in der letzten Ratssitzung erklärt, dass er überlege, unter diesem Vorzeichen aus Respekt vor den Opfern der Gewaltherrschaft die Gedenkfeier in diesem Jahr ausfallen zu lassen.

Die Antifa hatte insbesondere daran Anstoß genommen, dass die AfD-Fraktion im vorigen Jahr einen Kranz mit der Aufschrift „Für unsere gefallenen Soldaten“ niedergelegt hatte. An einem Ort, der den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewidmet sei, ehre die AfD die Täter, so die Antifa. Nach ihrer Darstellung hätten „beherzte“ Aktivisten den Kranz kurz nach der Veranstaltung wieder entfernt.

Für dieses Jahr hatte die Antifa eine Demo im Umfeld des Mahnmahls in der Zeit von 10 bis 18 Uhr angemeldet. Die Stadt hat die Kundgebung zwar nicht untersagt, aber zur Auflage gemacht, dass die Veranstaltung nicht zur selben Zeit und am selben Ort wie die städtische Gedenkfeier stattfindet. Zur Begründung heißt es: Das durch das Grundgesetz geschützte Versammlungsrecht bestehe nicht uneingeschränkt. „So ist das Recht des Veranstalters und der Versammlungsteilnehmer zu einer freien Wahl des Versammlungsortes beispielsweise dann eingeschränkt, wenn das öffentliche Interesse an der ungestörten und würdevollen Durchführung von verschiedenen Formen staatlicher Selbstdarstellung und öffentlicher Repräsentation entgegensteht.“ Außerdem seien laut Niedersächsischem Feiertagsgesetz öffentliche Veranstaltungen am Volkstrauertag überwiegend verboten.

Zuvor hatte es in der vergangenen Woche ein Kooperations-

Am Volkstrauertag will die Antifa gegen die AfD-Teilnahme an der städtischen Gedenkfeier protestieren



Die Gedenkfeier am Mahnmahl in der Lindenstraße im Jahr 2006. Dieses Mal könnte es weniger friedlich zugehen. Foto: A/t&w

gespräch zwischen der Stadt und der Antifa gegeben. Ziel sei es gewesen, Argumente auszutauschen, die rechtliche Lage zu klären und zu einer tragbaren Lösung für alle Beteiligten zu kommen, sagt Mädge. Doch Meyer habe das Gespräch einseitig nach

wenigen Minuten beendet. Olaf Meyer bestätigt, dass er gegangen sei, nachdem Rechtsdezernent Markus Moßmann erklärt habe, dass die Veranstaltung der Stadt als „Staats-Akt“ anzusehen sei und die Anmeldung zur Kundgebung rechtlich nicht voll

geschützt sei. „Wenn das ein Staats-Akt ist, kommen wir auch. Uns geht es darum, dass die AfD dort nicht hinkommen darf. Wir werden demonstrieren, lautstark und mit Plakaten.“

Vertreter der AfD-Stadtratsfraktion sowie der Landtagsabgeordnete Stephan Bothe werden an der Gedenkfeier teilnehmen, sagt Robin Gaberle von der AfD-Stadtratsfraktion. Einen Kranz werde man dort nicht niederlegen.

Oberbürgermeister Mädge betont, dass er von der offiziellen Gedenkfeier niemanden ausschließen könne. „Ich hoffe sehr, dass sich alle, die daran teilnehmen, dem Ort und dem Anlass angemessen verhalten.“ Das gelte sowohl für die Mitglieder der AfD wie auch für die Mitglieder der Antifa. Zu seiner zunächst erzwungenen Absage erläutert er: „Nach Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern habe ich mich entschlossen, vor der Antifa nicht zurückzuweichen. Seit 28 Jahren versammeln sich Bürgerschaft und Rat an diesem Mahnmahl, das 1990 für die Opfer des Faschismus errichtet wurde, also um all derer zu gedenken, die durch Nazi-Terror ums Leben kamen, Juden, Sinti, Roma, Homosexuelle, politische Gefangene, Zwangsarbeiter. Dieses Gedenken lassen wir uns von demokratiefeindlichen Kräften von links außen und rechts außen nicht nehmen.“

Die Antifa kritisiert indes auf ihrem Facebook-Auftritt, Mädge solle sich ein Vorbild an der Gedenkveranstaltung am Berliner Holocaust-Mahnmal nehmen. Dort hatte die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden als Veranstalter eine Namensverletzung der ermordeter Juden durch einen AfD-Vertreter untersagt. Direktor Uwe Neumärker betonte aber laut Medienberichten, dass er mit dem Besuch der AfD-Vertreter kein Problem habe. Die Namensverletzung gehe aber „einen Schritt zu weit“.

Die Polizei wird bei der Gedenkfeier an der Lindenstraße präsent sein, sagt deren Pressesprecher Kai Richter. „Wir werden einen reibungslosen Verlauf und Ablauf beider Veranstaltungen begleiten.“ Bei Störungen werde die Polizei nach Lage eingreifen wie auch bei möglichen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten oder sonstigen Rechtsverstößen.

KOMMENTAR



Von Carlo Eggeling

Protest ja, aber nicht dort

Selbstverständlich gehört in einer Demokratie Protest dazu, auch lautstark.

Etwa bei den Aufmärschen, die die NPD in vergangenen Jahren an der Ilmenau abgehalten hat. Ein gewisses Augenmaß gehört allerdings auch dazu. Es gibt Gründe, die AfD am ziemlich rechten Rand anzusiedeln. Björn Höcke ist einer davon. Trotzdem schießt die Antifa über das Ziel hinaus. Der Volkstrauertag steht für Versöhnung und Völkerverständigung. Wer um wen trauert, ist eine private Angelegenheit und braucht keine politische Bühne. Gerade weil es auch um millionenfache Opfer des Nationalsozialismus geht.

Der zweite Punkt betrifft das Ostpreussische Landesmuseum. Das will Wilhelm von Gottberg mit seiner Stiftung besuchen. Der Ex-CDU-Bürgermeister von Schnega und jetzige wendländischer AfD-Bundestagsabgeordnete fiel in der Vergangenheit wegen Parolen aus der Hardcore-Liga der Vertriebenenverbände auf. Auch hier ist Widerspruch mehr als verständlich.

Doch wenn die Antifa und das Netzwerk gegen Rechts dafür trommeln, von Gottberg den Zugang zum Museum zu verwehren, bleibt die Frage, wer ins Museum darf und wer darüber entscheidet. Die AfD ist keine verbotene Partei, das Museum lange kein Hort Ewiggestriger mehr. Im Gegenteil. Vielleicht lernen die Rechten dort etwas über Völkerverständigung dazu.

Die Gefahr dieser vermeintlich so wachsamten Strategie liegt darin, der AfD eine Opferrolle zu ermöglichen. Das sind ihre Akteure nicht, so bedeutend sind sie auch nicht. Die Auseinandersetzung ist nötig im Rat, im Alltag, überall, wo Argumente zählen. An einem Gedenkort denkt man an die Opfer. Aus Respekt.